



Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften

Institut für Soziologie

Raj Kollmorgen

**Zivilgesellschaften
in Mittel- und Osteuropa
Kontexte, Probleme, Aussichten**

Arbeitsbericht Nr. 40

Internet-Fassung

Juli, 2006

ISSN-1615-8229

Zur Reihe der Arbeitsberichte

Die „Arbeitsberichte“ des Instituts für Soziologie versammeln theoretische und empirische Beiträge, die im Rahmen von Forschungsprojekten und Qualifikationsvorhaben entstanden sind. Präsentiert werden Überlegungen sowohl zu einschlägigen soziologischen Bereichen als auch aus angrenzenden Fachgebieten.

Die Reihe verfolgt drei Absichten: Erstens soll die Möglichkeit der unverzüglichen Vorabveröffentlichung von theoretischen Beiträgen, empirischen Forschungsarbeiten, Reviews und Überblicksarbeiten geschaffen werden, die für eine Publikation in Zeitschriften oder Herausgeberzwecken gedacht sind, dort aber erst mit zeitlicher Verzögerung erscheinen können. Zweitens soll ein Informations- und Diskussionsforum für jene Arbeiten geschaffen werden, die sich für eine Publikation in einer Zeitschrift oder Edition weniger eignen, z. B. Forschungsberichte und –dokumentationen, Thesen- und Diskussionspapiere sowie hochwertige Arbeiten von Studierenden, die in forschungsorientierten Vertiefungen oder im Rahmen von Beobachtungs- und Empiriepraktika entstanden. Drittens soll diese Reihe die Vielfältigkeit der Arbeit am Institut für Soziologie dokumentieren.

Impressum:

Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität

Herausgeber:

Die Lehrstühle für Soziologie der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Anschrift:

Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
„Arbeitsberichte des Instituts“
Postfach 41 20
39016 Magdeburg

Sämtliche Rechte verbleiben bei den Autoren und Autorinnen.

Auflage: 150

*Redaktion: Prof. Dr. Barbara Dippelhofer-Stiem
Prof. Dr. Heiko Schrader*

Anmerkung:

Ein Teil der Publikation ist im Internet abgelegt unter <http://www.magdeburg.de/soz/publ/Arb.htm>

Schutzgebühr: 2,50 €

*Herstellung: Dezernat Allgemeine Angelegenheiten
Sachgebiet Reproduktion*

Zivilgesellschaften in Mittel- und Osteuropa.^{*} Welche Rolle spielten sie bis heute und welche Bedeutung kann ihnen in den nächsten Jahren zukommen – nicht zuletzt im Hinblick auf die bereits erfolgten bzw. noch anstehenden Beitritte zur Europäischen Union? Wie können zivilgesellschaftliche Akteure und Netze unterstützt, ihre demokratische Entwicklung und ihre Demokratisierungswirkungen gefördert werden? Diese und damit verbundene Fragen bedürfen nicht nur immanent ansetzender Analyse, d.h. der Untersuchung konkreter Akteure, ihrer Geschichten, Absichten und Entwicklungspotentiale. Vielmehr ist aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ebenso nach den historischen Bedingungen und gesellschaftlichen Einbettungen oder Rahmungen von Zivilgesellschaft zu fragen. Vor allem diese *strukturell-genetischen* sowie *system-funktionalen Problemstellungen* sollen im Folgenden diskutiert werden.

Dazu werde ich in einem ersten Schritt (1.) abzuklären versuchen, was die postsozialistischen Umwälzungsprozesse beinhalteten und dann (2.) genereller: was unter dem Wandlungstypus Gesellschaftstransformationen zu verstehen ist. Daran anschließend (3.) diskutiere ich das Konzept der Zivilgesellschaft, um dieses (4.) angesichts der konkreten Bedingungen auf die postsozialistischen Transformationen anzuwenden und Besonderheiten der mittel- und osteuropäischen Entwicklungen herauszuarbeiten. Ich schließe (5.) mit einigen Thesen zur Bedeutung der Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa – auch für den Westen.

1. Die postsozialistischen Transformationen in Mittelost- und Osteuropa

Wie könnten die postsozialistischen Transformationen in Mittelosteuropa, partiell auch Osteuropa, zusammenfassend umrissen werden? Die folgenden acht Punkte bemühen sich um eine hoch verdichtete Beschreibung (ausführlich Kollmorgen 2003, 2005a; vgl. Merkel 1999: Kap. IV; Ekiert/Hanson 2003, siehe Übersichten 1 und 2 am Ende):

(1) Dem engeren „Umbruch“ im Herbst 1989 ging eine Zeit des *Niedergangs* voraus, in der militärische, ökonomische, politische und ideologische Erfolge der staatssozialistischen Moderneform, ja partielle Vorreiterrollen schwanden. Der Niedergang vollzog sich in Form von Stagnationsprozessen, Lähmungen und Systemkrisen (siehe Polen 1980/81) und betraf Teilbereiche, einzelne Nationalgesellschaften, schließlich das gesamte „Zweite“ – imperial organisierte – „Weltsystem“.

(2) Nach einer Phase des *beschleunigten Niedergangs* zwischen ca. 1981/82 und 1988/89 folgte zwischen Mitte 1988 und Ende 1990 der eigentliche *Regime- und damit auch Epochenumbruch*. Der „Herbst 1989“ stellt dabei, wenn man so will, den Gipfel- und Scheitelpunkt des *politischen Aufbruchs* vor allem in Mittelosteuropa dar. Geradezu kartenhausartig brachen die realsozialistischen Herrschaftsregime in Mittelosteuropa zusammen; nirgendwo dauerte es länger als ein halbes Jahr, in einigen Fällen nur Wochen. Diesen Charakter *echter Systemzusammenbrüche* zwischen 1989 und 1991 findet man allerdings in einigen südosteuropäischen Gesellschaften (z.B. Bulgarien) sowie in der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten (wie Russland) nicht.

^{*} Der folgende Essay beruht auf einem Vortrag, den ich im November 2005 auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Dessau gehalten habe. Ich danke der Stiftung und den Organisatoren für ihre Unterstützung. Der Anlass bedingte den sparsamen Einsatz von Literaturnachweisen. Die überarbeitete Fassung wurde bibliographisch nur um einige wichtige Titel ergänzt.

(3) Die Geschwindigkeit des Untergangs insbesondere in Mittelosteuropa verdankte sich einerseits den rasch anschwellenden, die Bevölkerung mobilisierenden und durch diese getragenen „*Bürgerbewegungen*“ (wie Solidarnosc in Polen, das Bürgerforum in der CSSR oder das Neue Forum in der DDR). Andererseits ist sie das Ergebnis einer kaum vorhandenen kollektiven Gegenwehr der *alten Eliten* (d.h. insbesondere der Politbürokratie und ihre „Sicherheitsorgane“). Mit gewissen Abstrichen galt das selbst in der Sowjetunion oder in Rumänien, wo es den blutigsten Demokratisierungsprozess gab. Insgesamt ging daher der Ablösungsprozess der alten „Politbürokratien“ und politischen Top-Elite rasch vonstatten.

(4) Aus den bald darauf abgehaltenen demokratischen Gründungswahlen (*founding elections*) gingen Parteien der Bürgerbewegungen, teils in Koalitionen mit (eher:) pseudo-liberalen bzw. -konservativen Bündnissen als Sieger hervor. Die neuen Regierungen in Mittelost- und weiten Teilen Südosteuropas verkündeten ihre Programmatiken einer „*Rückkehr nach Europa*“, d.h. einer – sich auf scheinbar heile vorsozialistische Zeiten stützen könnenden – Errichtung demokratischer Wohlfahrtskapitalismen nach westlichem Vorbild. Die Absicht der „Übernahme“, des „Imports“ oder der „Leihe“ westlicher Basisinstitutionen bezog sich nicht nur auf die zentralen Bereiche von rechtsstaatlicher Verfassung, politischem System und kapitalistischer Marktwirtschaft. Sie umfasste auch wohlfahrtsstaatliche Ordnungen, Bildungs- und Wissenschaftssysteme usw., wobei die „*Institutionenleihe*“ (wie sie G. Lehmbruch nannte) selektiv, in Bezug auf je bestimmte favorisierte Institutionenordnungen des Westens vorgenommen wurde. So orientierte sich die polnische Verfassungsgebung an der Französischen Republik.¹

(5) In einigen osteuropäischen Transformationsgesellschaften traten zum Teil heftige Konflikte im Prozess einer gleichsam wiederaufgenommenen Nationen- bzw. Nationalstaatsbildung auf – nunmehr unter dem ideologischen Vorzeichen einer breiten *Selbstbestimmung* von Ethnien, religiösen Gemeinschaften bzw. Quasi-Nationen unter dem Dach eines multiethnischen Staates. Die Spanne der Lösungsversuche reichte von friedlichen Sezessionen (Tschechien und Slowakei), harten, aber weitgehend gewaltfreien Auseinandersetzungen (etwa im Baltikum) bis hin zu blutigen Bürgerkriegen wie im südlichen Russland, vor allem aber in Jugoslawien.

(6) Die Programmatik der postsozialistischen Umwälzungen zielte demnach auf eine letztlich *gesamtgesellschaftliche*, alle System- und Lebensweltsphären sowie gesellschaftliche Ebenen einbegriffende Transformation auf dem Wege schnellstmöglicher Implementationen dem Westen entliehener Institutionenordnungen, um damit so rasch wie möglich deren Modernitäts-, mithin Wohlstandsniveau zu erreichen.

(7) Dieser politische, wirtschafts- und sozialwissenschaftlich unterstützte, zugleich ideologisch geformte *Modernisierungsansatz* sah sich in seiner gesellschaftspraktischen Realisierung mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Konzentrierter Ausdruck dieser Lage waren die bekannten „*Dilemmata der Gleichzeitigkeit*“. Darunter erschienen die „unmöglich-mögliche“ Notwendigkeit gleichzeitiger ökonomischer Reformen *und* durchgreifender Demokratisierung, aber auch der Gleichzeitigkeit von formellen Institutionensetzungen und informellen,

¹ Die neuen Länder der Bundesrepublik mit ihrem durch den „Beitritt“ vollzogenen „*Institutionentransfer*“ von West nach Ost stellen auch diesbezüglich einen Sonderfall dar – freilich keinen unvergleichlichen, siehe Kollmorgen 2005b.

institutionenträgenden Kulturen als wirksamste.² Markante gesellschaftspolitische Folgen stellten die Auseinandersetzung zwischen Verfechtern einer wirtschaftlichen Schocktherapie und denen eines Gradualismus, Fassadendemokratische Erscheinungen (im Parlament, in der Regierung, in den neuen Parteien: von Stimmenkauf, Patronageparteien bis zu ademokratischen Vetospielern) sowie die schier unvermeidbare Ablösung von Regierungen nach jeweils einer Legislaturperiode dar (den Bürgerbewegungen folgten vielfach „Reformsozialisten“ im Bündnis mit Bauernparteien, diesen dann Liberale, diesen wiederum Reformsozialisten oder Sozialdemokraten). Reformstrategien wurden aber selbst innerhalb einer Wahlperiode gewechselt. Das Ganze mündete in Zick-Zack-Verläufen der Reformen, Wellen des Umbaus, ja zum Teil in echten Regressionen. Andererseits waren gerade in Mitteleuropa die Transformationen, vor allem hinsichtlich Demokratisierung und zentraler Wirtschaftsreformen durchaus erfolgreich, wie nicht zuletzt die im Mai 2004 vorgenommenen Beitritte zur EU bezeugen (wobei deren Stabilisierungserfolge auch das Ergebnis des EU-Beitrittsprozesses war).

(8) Zusammengefasst zeigen die postsozialistischen Transformationen in Europa, dass sie (a) in den *politisch-rechtlichen Kernbereichen mehrere Jahre*, in den ökonomisch-sozialen und kulturellen Bereichen bzw. Aspekten offensichtlich *weit über ein Jahrzehnt dauern*. (b) Mit zunehmender Dauer wird zugleich eine *deutliche Ausdifferenzierung* der Transformationsverläufe und -resultate erkennbar. Die Spanne reicht von erfolgreichen Projekten etwa in Slowenien, Tschechien oder Litauen über verzögerte bzw. langsamere und defizitäre Fälle wie Bulgarien, Kroatien oder Rumänien bis hin zu *breakdowns* (klassischer Fall: Weißrussland). (c) Egal aber, ob es sich – gemessen am großen Projekt der Jahre 1989/90 – um eher fortgeschrittenen „erfolgreichen“ oder weniger „erfolgreichen Transformationen“ handelt: Nirgendwo entstanden *Duplikate* des Westens; Wirtschaftsordnungen, politische Systeme und Sozio-Kulturen *erhielten* im doppelten Sinne ihre *Eigenheiten*.

2. Gesellschaftstransformation als Typ sozialen Wandels

Gleicht man die – hier nur skizzenhaft dargelegten – postsozialistischen Transformationen mit anderen tiefgreifenden Wandlungsprozessen ab, kann ein besonderer Typus „Gesellschaftstransformation“ bestimmt werden, der sich durch folgende Merkmale auszeichnet (ausführlich: Kollmorgen 2005a, siehe Übersicht 1 und 2):

- Gesellschaftstransformationen sind *hoch politisierte, radikale* und darin relativ klar *konturierte* soziale Wandlungsprozesse.
- Sie beinhalten (weitgehend) *autonome, bewusste* und *inszenierte* Versuche einer *systemisch gesteuerten gesamtgesellschaftlichen Umwälzung* auf (bis heute) *nationalstaatlicher* Ebene, die sich – selektiv selbstbezogen – an institutionellen *Modellen* mächtiger(er) bzw. erfolgreicher(er) oder kurz: moderner(er) Staaten in der Weltgesellschaft orientieren.

² Ein drittes Dilemma wäre jenes zwischen Verfassungsgebung und egozentrischer Verfassungsausnutzung durch die gerade Regierenden, d.h. die Verfassung wird auf Interessen der verfassungsgebenden Eliten zugeschnitten, wodurch sie gerade *keine* im klassischen Sinne den konkreten Interessenkonstellationen und der Tagespolitik entrückte „Grundordnung“ repräsentiert. Zu diesen und weiteren Dilemmata: Przeworski 1991; Offe 1991; Kollmorgen 2003, 2005a.

- a) Die die Umwälzung tragenden *Akteure* stützen sich im Kampf gegen Verteidiger des alten Systems auf *säkulare soziale Bewegungen* und nehmen *bürokratische Steuerungsinstitutionen* in Anspruch. Dabei gilt der Grundsatz des „*institutions first*“, d.h. einer vorauslaufenden formalen Institutionenbildung, die Ausgangspunkt veränderten Handelns für die Masse der Individuen sein soll.

Gesellschaftstransformationen weisen eine Reihe von Strukturmerkmalen in sozialer, sachlicher und raum-zeitlicher Hinsicht auf (vgl. *ibid.*).³ Ich beschränke mich hier die Periodenstruktur, wobei drei Perioden unterschieden werden können:

- (1) *Niedergang* der alten Ordnung: Hier werden mittel- und längerfristig die gesellschaftlichen Bedingungen bestimmter Transformationspfade bzw. Typen generiert. Die Dauer schwankt stark zwischen wenigen Jahren und Jahrzehnten.
- (2) *Transition*: Diese beinhaltet den engeren, kurz- und mittelfristigen, vor allem politisch-rechtlichen bzw. formell-institutionellen Übergang, in dem aus den Pfadbedingungen durch Akteure und deren Kämpfe der Transformationspfad bzw. -typus erzeugt wird (Dauer: in der Regel zwei bis sechs Jahre).
- (3) *Strukturierung*: Die langfristige, über zwei Generationswechsel (ca. 35 bis 50 Jahre) reichende Periode der Muster- bzw. Pfadgestaltung. Dabei handelt es sich nicht *nur* um „Konsolidierung“ (im Sinne der Befestigung bereits erreichter Zustände), sondern eben um Strukturierung, die „Gegenlogiken“ enthält und Neues produziert. Das bedeutet einerseits die Möglichkeit von Stagnationen, Regressionen und Abbrüchen von Transformationen, andererseits offene Metamorphosen, Pfadveränderungen, auch wenn diese mit der Zeit immer aufwändiger und schwieriger zu realisieren sind.

3. Zivilgesellschaft: Konturen eines Konzepts

Wie lassen sich zivilgesellschaftliche Dimensionen in diese Struktur postsozialistischer Transformationen einbauen? Welche Rolle spielten und spielen die Zivilgesellschaften Mittel- und Osteuropas in diesen Prozessen?

Um diese Fragen gehaltvoll diskutieren zu können, ist in einem ersten Schritt nach den allgemeinen Funktionen, Elementen und Entwicklungsfaktoren der *civil society* zu fragen – wobei die folgenden Bestimmtheiten auch das Ergebnis der Analysen postsozialistischer Umbrüche darstellen, zugleich jedoch demokratietheoretisch weit darüber hinausreichen.

Dabei möchte ich aus einer deskriptiv wie normativ anspruchsvollen Perspektive zunächst unter *Zivilgesellschaft* all jene Akteure und Aktionen verstehen, die jenseits sowohl *rein wirt-*

³ Neben den Perioden ist vor allem auf *politisch-gesellschaftliche Transformationszyklen* mit einer Dauer von etwa 3 bis 5 Jahren und auf die *mesogesellschaftlichen*, Akteur-Institutionen-Komplexe zentrierenden Bestimmtheiten zu verweisen, die jene angesprochenen Dilemmata „produzieren“. In den Transformationen und mit den Zyklen wandern die (dilemmatischen) Probleme und ihre Lösungsorte von Ebene bzw. Ebenenkonflikt sowie Dimension und dimensionalen Konflikten zu anderen. Wenn die Gesellschaftstransformationen in den Transitionen vor allem makro- und mesogesellschaftlich verortet und durch politische (ggf. militärische) Kämpfe kollektiver Akteure geprägt werden, sind es später in der Strukturierung vor allem Fragen der mesoinstitutionellen Systembildung und deren (sozio-)kultureller Einbettung bzw. Verankerung auch auf mikrosozialer Ebene. Insgesamt bedeutet diese Prozessstruktur, dass Gesellschaftstransformationen über *viele Anfänge und viele Enden* verfügen, *langfristige Projekte* darstellen und (mindestens) mittelfristig *offen* bleiben.

schaftlicher Interessen (Unternehmen, Kartelle, Konsumverein) als auch der *staatspolitischen Sphäre* (Regierung, Gerichte, Parteien usw. als Träger der legitimen Gewalten) angesiedelt sind.⁴ Es geht also um all jene Gruppen unterschiedlichen Organisationsgrades – von Initiativen, Netzwerken bis zu Vereinen oder Assoziationen –, die zwischen (marktförmiger) Wirtschaft und Staatspolitik (d.h. als sog. „Dritter Sektor“) autonom agieren und zwischen dem Einzelnen (privaten Bürger) und der Gesellschaft auf Grundlage vorwiegend ehrenamtlicher Tätigkeit vermitteln.⁵ Klassische Vertreter einer Zivilgesellschaft sind kommunale Bürgerinitiativen, Ökologiegruppen, Aktionsgruppen zu Unterstützung armer Länder oder Regionen (wie Attac), karitative Verbände und Selbsthilfegruppen (von Minoritäten bis zu Lebensproblemen wie Alkoholikern). Während sich Theater-, Folklore- oder Sportvereine auf der Schwelle zum a- bzw. „vorpolitischen Raum“ bewegen, residieren Berufsverbände, Gewerkschaften oder andere Wirtschaftsverbände auf der Scheidelinie zur „Politischen Ökonomie“ oder Staatspolitik. Im Prinzip betrachte ich die Letztgenannten als der „bürgerlichen Gesellschaft“ oder sozioökonomischen Sphäre zugehörig. Für andere Zusammenhänge kann es aber Sinn machen, sie als Bestandteile der Zivilgesellschaft zu behandeln. Der entscheidende Punkt bleibt für mich die Selbstbetätigung und Selbstbestätigung als *politische* Subjekte – die Erfahrung *politisierten solidarischer* Vergemein- bzw. Vergesellschaftung mit und durch andere in *autonomer Kommunikation* jenseits ökonomischer Verwertungs- und staatspolitischer Herrschaftslogik.⁶

⁴ Die in einigen Konzeptionen anzutreffende Idee (vgl. Croissant/Lauth/Merkel 2000), die *civil society* der Sphäre des Politischen zu entreißen, ist problematisch, weil es entweder einen engen staatspolitischen Begriff des Politischen voraussetzt oder nur noch Kochvereine, Kleingärtner und das Rote Kreuz übrig lässt. Greenpeace oder Attac sind explizit politische Akteure und dennoch keine Parteien, weil sie jenseits der klassischen staatlichen Gewalten und ohne die Absicht der Mandatserringung agieren.

⁵ Der Tätigkeitsaspekt ist hier insofern hervorzuheben, als Zivilgesellschaft von ziviler Kultur (*civic culture*) abzugrenzen ist. Die Kultur hält jene kognitiven und sozio-moralischen Werte, Einstellungen und Normen bereit, die in der *civil society* „actioniert“ werden. Zugleich ist evident, dass die Zivilgesellschaft eine der wichtigsten Orte zur Ausbildung und Weiterentwicklung jener *civic culture* darstellt – siehe die folgenden Ausführungen.

⁶ Hier ist nicht der Ort alle möglichen Begriffsdistinktionen schon innerhalb der Civil-Society-Debatte zu protokollieren. Erwähnt werden soll aber neben Hannah Arendts Theorie (1981, vgl. auch 1986), die eine Folie der eben entwickelten Definition darstellt, *Thaas* Ansatz (1996, vgl. 2004), der angesichts der osteuropäischen Entwicklungen in Anknüpfung an *Miklós Haraszti* eine *sozio-ökonomische* von einer - republikanisch inspirierten und im konkreten Fall zugleich lebensweltlich fundierten - *politischen Zivilgesellschaft* unterscheidet (Thaa 1996: 189). *Linz/Stepan* haben in einer breiteren Perspektive unterschieden zwischen der *civil society* als Raum freier sozopolitischer Assoziationen (auch mit sozioökonomischer Zielrichtung), der *political society* als Raum legitimer gesellschaftlicher Machtausübung und -kontrolle und der *economic society* als Inbegriff all jener Normen, Regularien und Institutionen, die aus einer Plan- oder reinen Marktwirtschaft eine sozial(-politisch) gehaltvolle "*mixed economy*" machen bzw. die Reproduktion einer solchen ermöglichen (Linz/Stepan 1996: 7-13, vgl. auch O'Donnell/Schmitter 1986). *Grzegorz Ekiert* (1991) hat angeregt, in einer Dreiteilung einerseits den Staat (im Falle des Kommunismus den "*party state*") als Herrschaftsapparat und Domäne von Zwang und administrativer Kontrolle zu begreifen, andererseits die Kategorie der *civil society* in zwei Unterkategorien aufzuspalten in eine "*domestic society*" als Reich der Privatsphäre und interessegeleiteten sozialen Gruppen und eine "*political society*" als Raum freier solidaritätsgestützter Kommunikation, Assoziation und Mitbestimmung in öffentlichen Angelegenheiten des Gemeinwesens (Ekiert 1991: 300). Diese Dreiteilung soll es einerseits ermöglichen, die Dynamik des Realsozialismus zu begreifen als Zerstörung der *political society*, der anwachsenden Macht des Parteistaates, aber zugleich auch in der post-stalinistischen Zeit als "implizite Kontraktierung" mit der Gesellschaft, nach der den Bürgern im Austausch für einen Rückzug aus der politischen Gesellschaft die begrenzte

Welche generellen *strukturellen Funktionen* von Zivilgesellschaft lassen sich in Reflexion historischer Erfahrungen und eines relativ starken normativen Modells „moderner“ Demokratien fixieren (siehe Croissant/Lauth/Merkel 2000: 11-14)?⁷

1. *Die Schutzfunktion:* Diese Funktion nimmt auf (immer) mögliche Übergriffstendenzen des Staates gegenüber den Bürgern und ihrer Privatsphäre Bezug. Zivilgesellschaftliche Akteure sollen den Staat daran erinnern und von ihm durch Aufklärung, Anrufung und Protest erzwingen, dass er die liberalen Bürgerrechte in Wirtschaft, Politik und Kultur achtet und gewährleistet.
2. *Die Kommunikations- und Vermittlungsfunktion:* Die Zivilgesellschaft vermittelt zwischen Bürgern sowie Bürger und Staat und gehört somit zur intermediären Sphäre moderner Gesellschaften, ohne die Ideen und Interessen weder wirksam artikuliert und repräsentiert noch wechselseitig verhandelt werden können. Diese Vermittlungsfunktion setzt bestimmte kommunikative Bedingungen voraus. *Civil Society* ist ohne ein bestimmtes Maß „freier Öffentlichkeit“, d.h. der Möglichkeit autonomer, darunter massenmedialer Diskurse nicht denkbar und stellt zugleich ein wesentliches Moment demokratischer Öffentlichkeit dar, in der essentielle Meinungs- und Willensbildungsprozesse im Vorfeld bzw. jenseits staatspolitischer Akteure (wie Parteien und Verbände) ablaufen.
3. *Die Sozialisierungs- und Gemeinschaftsfunktion:* Bei dieser Funktion geht es um die Ausbildung von demokratisch-partizipatorischen Bürgertugenden, d.h. von Freiheitswillen, Mündigkeit, Toleranz, Vertrauen, rechtsstaatlichem Denken, der Akzeptanz aller Bürger als Gleiche (des Gemeinwesens), Kompromissbereitschaft und Solidaritätsorientierung. Die Zivilgesellschaft wird damit zu einer wichtigen Institution in der Ausbildung eben jener Werte und Normen, ohne die Schutz- und Vermittlungsfunktionen gleichsam sinn- bzw. antriebsentleert wären. Nur da, wo Bürgertugenden plural vermittelt und (ein)geübt

Interessenverfolgung in der *domestic society* gewährt wurde. Dies hatte nicht nur eine massenhafte Stillstellung und Privatisierung zur Folge, sondern zunehmend auch, im Zusammenhang geduldeter "Haushaltsproduktion", ein "enormes System von Klientelismus und Korruption" sowie "informelle Mechanismen der Interessenvermittlung und Repräsentation", die an lange historische Traditionen Osteuropas anschließen konnten (ebd.: 300-305). Zwar identifiziert Ekiert die Auferstehung und Entwicklung einer *political society* über religiöse, kulturelle und im engeren Sinne politische Bewegungen; jedoch wurde diese Dynamik von einer eher stillschweigend geduldeten Ausweitung und Emanzipation der *domestic society* begleitet, die sich am Ende zu einer "zweiten Ökonomie" und deren Netzwerken auswuchs (ebd.: 305-310). Für die beginnenden Transitionsprozesse folgen daraus für Ekiert zwei wesentliche Problemdimensionen, die ein Gelingen in hohem Maße erschweren: Erstens ist wegen dieser Erbschaften nicht nur eine simultane Reform von Politik und Ökonomie nötig, sondern diese muss mit einem schwachen Staat und einer schwachen Zivilgesellschaft fertig werden, wobei die politischen Spaltungslinien nur bedingt sozioökonomisch, sondern auch religiösen und ethnischen Charakter tragen. Da diese Bedingungen gegenüber bisherigen Transitionen in Südeuropa oder Lateinamerika neu sind, ist auch der Transitionsansatz kaum tauglich. Zweitens sind wegen der realsozialistischen Erbschaften, gerade im Bereich der *political* und *domestic society* unter den Rubriken von sozialer Gleichheit und gerechter Einkommensverteilung Reformblockaden höchst wahrscheinlich (ebd.: 310-313). Zu erwähnen sind schließlich Modelle, die stärker an Konzeptionen des „Dritten Sektors“ orientiert sind und insofern das Moment soziopolitischen Subjektseins (H. Arendt) zurückstellen (vgl. etwa Salomon/Sokolowski/List 2003).

⁷ Starkes normatives Modell meint, dass Demokratie im Folgenden a) eher maximal denn minimal (vgl. strikt liberale Konzepte von J.S. Mill bis J.A. Schumpeter) und b) als nicht nur formales, sondern auch informal und real funktionierendes (bzw. sozial praktiziertes) Konzept interpretiert wird. Zu dieser Diskussion: Held 2000; Merkel et al. 2000.

werden, können sowohl Autokratie wie Formen einer (demokratischen) „Tyrannei der Mehrheit“ (A. Tocqueville) wirksam vermieden bzw. aktiv bekämpft werden. Aber mehr noch, in der Zivilgesellschaft werden diese Bürgertugenden bis zu einem gewissen Grade auch direkt gelebt, da zivilgesellschaftliche Gruppen selbst Gemeinschaften darstellen (können), in denen Privatheit, Egoismus, Partikularinteressen und (ggf. sozialstaatlich generierte) Passivität der „vereinzelt Einzelnen“ überwunden und solidarische Bindungen hergestellt werden. Zivilgesellschaft ist insofern sowohl eine Antwort auf (markt)bürgerlichen Individualismus wie auf jede Form des Etatismus. Zivilgesellschaft stellt mit anderen Worten ein Element demokratischer sozialer *Selbstorganisation* dar.

Bezogen auf ein demokratisches Gemeinwesen – egal ob regional, national oder trans- bzw. supranational organisiert – besteht die Bedeutung von Zivilgesellschaft insofern *dreifach*: Der „bürgerlichen Gesellschaft“ der Familien- und Wirtschaftssubjekte und deren differenten sozioökonomischen Interessen und Kulturen aufsitzend, ist sie zum einen selbst (und selbstgenügsam) Bestandteil und Ausdruck der demokratischen Selbstorganisation des – im Hannah Arendtschen Sinne – *politischen Daseins* der Individuen. Ohne Zivilgesellschaft ist demokratisches politisches Subjektsein nicht denk- und lebbar (Kommunikations-, Sozialisations- und Gemeinschaftsfunktion). Zum anderen sind zivilgesellschaftliche Akteure funktionale Elemente eines ganzheitlichen gesellschaftlichen Zusammenhangs in Demokratien. Sie sind darin – zweitens – sowohl „vor-(staats-)politische“ Repräsentanten bestimmter Ideen und Interessen der Bürger und liefern insofern Beiträge *für* die *(staats-)politische Gesellschaft* (Sozialisierungs- und Vermittlungsfunktion). Sie sind aber – drittens – und zugleich selbst Elemente des *intermediären Systems* moderner Demokratien. Als diese artikulieren, organisieren und vermitteln sie jenseits der engeren wirtschafts- und staatspolitischen Sphäre die Bürger, wenn man so will: untereinander und auf das gesellschaftliche Ganze bezogen. Zivilgesellschaft ist also nicht nur „Lieferant“ der Staatspolitik, sondern eigenständiges Moment des Intermediären, das plurale und solidarische Demokratien ermöglicht und zu verteidigen bzw. zu entwickeln hilft – z.B. durch Kämpfe um die Ausweitung sozialer Inklusion gegenüber ethnischen, kulturellen oder sexuellen Minderheiten (Kommunikations-, Vermittlungs- und Schutzfunktion).

4. Die Entwicklung der Zivilgesellschaften unter dem Sozialismus und im Postsozialismus

Über die Zivilgesellschaft im Postsozialismus nachzudenken bedeutet, von vornherein eine doppelte Spezifikation vorzunehmen. Erstens ist gegenüber der funktional-strukturellen jetzt die *genetisch-strukturelle Perspektive* zu thematisieren. Das heißt, nach den Entwicklungsprozessen von Zivilgesellschaft als Folge, aber auch als Katalysator der gesellschaftlichen Transformationsprozesse zu fragen. Zweitens handelt es sich nicht um eine beliebige Gesellschaftstransformation, sondern um jene vom Staatssozialismus zu einem – jedenfalls dem Ziel nach – demokratischen Wohlfahrtskapitalismus. Während sich die Zielbestimmtheit in der obigen normativen Bestimmtheit von *civil society* bereits wiederfand, bedarf es jetzt der Problematisierung der Ausgangsgesellschaft.

Fünf Merkmale der Entstehung, Struktur und Funktion staats- und postsozialistischer Zivilgesellschaften erscheinen mir wesentlich – wobei ich besonders auf die spezifischen post-

sozialistischen und dabei auch problematischen Aspekte konzentriere (vgl. Howard 2003; Linz/Stepan 1996; Merkel 2000; Schrader 2000; Staniszki 1991; Tatur 1991, Thaa 1996, 2004).

1. Da der Staatssozialismus als spezifisches, auf pyramidalen Kontrolle des Ganzen und despotischer Mobilisierung und Disziplinierung der Bevölkerung beruhendes Moderneprojekt geplant und weitgehend realisiert wurde, konnte es in ihm – wenn auch in den Perioden und einzelnen Staaten mit zum Teil erheblichen Varianzen – weder eine autonome Öffentlichkeit noch eine autonome Zivilgesellschaft geben. Intermediäre Institutionen waren überflüssig oder – wie sie Lenin trefflich nannte – als „Transmissionsriemen“ (Gewerkschaften, Jugendverbände oder Kleingartenvereine) eingespannt in die *zentralistischen* Steuerungs- und Kontrollketten unter Führung von Partei und Sicherheitsorganen. Auch wenn eine vollständige Funktionalisierung und Kontrolle in urbanen Massengesellschaften unmöglich ist, mithin Grade an Selbstorganisation und demokratischer Mitbestimmung vor allem in Basiseinheiten existierten: eine Zivilgesellschaft im demokratischen Sinne konnte es vor allem infolge des staatssozialistischen *Herrschaftsregimes* nicht geben. Aber nicht nur das. Auch die *sozioökonomischen* Fundamente einer „bürgerlichen Gesellschaft“ im Sinne privateigentümlich erzeugter Familien-, Wirtschafts- und schließlich Klassensubjekte mit pluralen Interessenlagen waren wegen des Volkseigentums und einer nivellierten „Facharbeiter- und Kollektivbauerngesellschaft“ nur rudimentär vorhanden. Schließlich erschien auch eine *soziokulturelle* Vielfalt – jenseits multiethnischer bzw. multireligiöser Bevölkerungen vor allem in Ost- und Südosteuropa – als Unterfutter und zugleich Bedürfnis *politisch* herzustellender Vergesellschaftung kaum gegeben. Das lag vor allem an der politisch verbindlichen „Zielkultur“ (W. Thaa) des Staatssozialismus. Insofern kann (idealtypisch:) von einer Tendenz der Atomisierung der Gesellschaft in dem Sinne gesprochen werden, dass die Bürger ihre *zivile* Vergesellschaftung wesentlich als passive Objekte der Staatsvergesellschaftung erfuhren. Untereinander blieben sie sich – abgesehen von Familien- und engsten Freundeskreisen („Wir-Gemeinschaften“, Versorgungs- und Korruptionsnetzwerke) – atomisierte Fremde, eine „graue“, wenig differenzierte „Masse“.

2. Die oppositionellen Bewegungen gegen die staatssozialistischen Herrschaftsregime seit den 70er und verstärkt seit Anfang der 80er Jahre konnten sich daher nicht als „klassische“ zivilgesellschaftliche Akteure formieren, wie sie unter spätabsolutistischen, ständischen oder restringiert liberalen Verhältnissen seit Mitte des 19. Jahrhunderts in West- und Mitteleuropa generiert wurden. Ihnen fehlten – bis auf die Solidarnosc-Bewegung in Polen – sowohl der „bürgerliche“, sozio-ökonomische Hintergrund als auch die Foren eines offenen intermediären Systems. Zugleich reagierten die post-totalitären bzw. sozialistisch-autoritären Regime lange Zeit repressiv auf jeden Versuch einer Organisierung. Im Ergebnis entstanden zum einen (a) Reformgruppen *in* den kommunistischen Parteien bzw. in ihrer intellektuellen Peripherie (wie OBRODA in der CSSR⁸, Projekt „sozialistische Moderne“ in der DDR), die freilich als solche nur sehr bedingt zivilgesellschaftlichen Charakter trugen. (b) Zweitens, gleichsam aus der Not eine Tugend machend, entwickelten sich teils locker assoziierte, netzwerkartige Initiativen (partiell unter Nutzung kirchlicher Freiräume: HOS in der CSSR⁹, KOR in

⁸ OBRODA = Club für sozialistische Neugestaltung.

⁹ HOS = Bewegung für Bürgerliche Freiheit.

Polen¹⁰ oder die Umweltbibliotheken in der DDR), teils hochgradig individualisierte, die Atomisierung annehmende Oppositionen. Das ging – wie im Umkreis der Charta 77 in der CSSR – bis zum ausdrücklichen Credo einer „Antipolitik“ (V. Havel, G. Konrad), d.h. der Ablehnung aller um staatlichen Machtanspruch und Interessendurchsetzung gruppierten Politikauffassungen unter dem Anspruch einer ethnisch-politischen Gegenidentität „von unten“, die sich darin sozialräumlich und aktionsförmig „selbst beschränkt“. Diese Oppositionskreise suchten mithin ein alternatives Leben durch den Sprung aus der Sphäre des Politischen, d.h. den „Lügen des Totalitarismus“, hinein in die Welt einer individuell zu erflechtenden „Wahrheit“. Schließlich (c) ist auf neue, vielfach soziokulturell motivierten Jugendbewegungen seit den 80er Jahren aufmerksam zu machen (klassisch die FIDESZ in Ungarn¹¹), die die kommunistischen Einheitsorganisationen ebenso ablehnten wie sie den antipolitischen oppositionellen Bewegungen unverständlich gegenüberstanden.

All diese Gruppen jenseits der Staatsparteien¹² wurden Mitte/Ende der 80er Jahre zu einem wesentlichen Kristallisationskern der anwachsenden anti-sozialistischen Bewegungen in Mittel- und Teilen Osteuropas, die um Liberalisierung und Demokratisierung rangen. Insofern kann von einer *Aufschwungphase der Zivilgesellschaft* in der (finalen) Krise des Staatssozialismus gesprochen werden.

3. Teilweise entgegen eigenen Absichten und Bekenntnissen wurden die sozio-politischen, sozio-moralischen und sozio-kulturellen Bewegungen der erwachenden Zivilgesellschaft zur *entscheidenden Trägerstruktur* für die Artikulation und Re-Präsentation des politischen Massenprotests gegen die staatssozialistische Herrschaft Ende der 80er Jahre. Auch wenn sie die „Wende“, „samtenen Revolutionen“ oder „Systemreformen“ nicht wirklich auslösten – das vermag keine Oppositionsgruppe, sondern ist immer die Resultante eines Komplexes an strukturellen Bedingungen, akteurbezogenen Konstellationen und historisch-zufälligen Situationen. Sie dienten da, wo sie existierten als Zugangs- und Ankerpunkte für die kollektiven Subjektbildungen in den rasanten Demokratisierungsprozessen der Jahre 1988-1990. In den engeren Transitionsprozessen (in Mitteleuropa: 1989-1993/94) erlebten die Zivilgesellschaften ihre *Blüte* („Boomphase“). Neben die alten Akteure traten rasch eine Vielzahl neuer, die das leere staatssozialistische Feld des autonomen intermediären Systems zu bestellen versuchten. Sie formierten sich teils als Ausgründungen ehemaliger „gesellschaftlicher Organisationen“ (von Frauenorganisationen bis Turnvereinen), teils als echte Neugründungen, wo das alte Regime keinerlei Thematisierungen zuließ, z.B. im Bereich radikal-ökologischer, kirchennaher oder ethnisch orientierter Organisationen (jenseits regionaler Parteigliederungen oder Kulturvereine).

4. In der *Transitionsphase als Institutionalisierungsphase der neuen demokratischen und kapitalistischen Ordnungen* übernahm die explodierende Zivilgesellschaft eine *doppelte* Aufgabe. Zum einen bildeten sie in vielen Fällen jenseits der reformkommunistischen bzw. -sozialistischen Parteien die Programm-, Organisations- und Rekrutierungsbasis für die neuen demokratischen politischen Parteien. In den so genannten Gründungswahlen wurden sie an

¹⁰ KOR = Komitee zur Verteidigung der Arbeiter.

¹¹ Allianz der Jungen Demokraten, die 1988 gegründet wurde.

¹² Von den sich in den 70/80er Jahren ebenfalls pluralisierenden zivilgesellschaftlichen Gruppen im Freizeit-, karitativen und kulturell-künstlerischen Bereich sehe ich hier und im Folgenden ab (vgl. Tatur 1991).

die Schalthebel der Macht katapultiert. In allen mitteleuropäischen und vielen osteuropäischen Staaten stellten die aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen Parteien bzw. Bündnisse als Wahlsieger die neuen Regierungen oder waren als Partner beteiligt. Damit waren sie insgesamt ein wichtiges und kaum zu unterschätzendes Ferment und zugleich personelles Reservoir in den Demokratisierungs- und insgesamt Transformationsprozessen. Ohne sie hätte es weder die gelebten Demokratisierungen noch ihre institutionellen und personellen Verankerungen in Verfassung, Wahl- und Regierungssystemen seit 1988/89 gegeben. Deren konkrete Gestaltungen, einschließlich ihrer problematischen Seiten, reflektieren dabei die Spezifiken von Mittel- und Osteuropa und Postsozialismus.

An der Macht waren nämlich die ehemaligen zivilgesellschaftlichen Aktivisten einerseits wegen des Zeitdrucks und der unterentwickelten intermediären Sphäre (territorial wie funktional) dazu verdammt, *top-down* die neuen Ordnungen zu implementieren. Andererseits erschien vielen aus den Bürgerbewegungen stammenden Politikern vor dem Hintergrund ihrer eigenen *staatssozialistischen* wie konträr: anti-politischen Sozialisation „*networking*“ oder gar Korporatismus und „*lobbying*“ als Gräueltat und wurde als machtpolitischer Sündenfall abgelehnt. Eine deliberations- und vor allem verbändedemokratie-kritische, wenn nicht feindliche Haltung paarte sich bei einer Reihe Oppositionspolitikern mit elitären Attitüden des alleinigen Wahrheitsbesitzes. Die demokratisch hoch problematischen Folgen konnten am Agieren und den Schicksalen sonst so unterschiedlicher Politiker wie Vaclav Klaus (CSSR/Tschechien), Lech Walesa (Polen) oder Vladimir Meciar (Slowakei) studiert werden.¹³

Zum anderen und zugleich repräsentierten die Bürgerbewegungen und weitere zivilgesellschaftliche Gruppen Akteure genau jene Instanz, die den *staatspolitischen* Akteuren Ideen und Interessen „zuzuliefern“, sie aber vor allem zu kontrollieren und in ihren Machtansprüchen zu begrenzen hat (siehe Schutz- und Vermittlungsfunktion).

Dieser Spagat (der durch explizit autoritär orientierte Kräfte in anderen Parteien und Organisationen noch verschärft wurde) musste die Bewegungen und Organisationen der neuen Zivilgesellschaft funktional und strukturell überfordern. In der Tat ließ sich seit 1989/90 beobachten, wie sich die postsozialistische Zivilgesellschaft – zum Teil konfliktös und schmerzhaft – rasant ausdifferenzierte und darin *spaltete*. Ein Teil transformierte sich zu politischen Parteien bzw. auch Verbänden (exemplarisch: die Gewerkschaft Solidarnosc und dutzende ihrer Partei-Nachfolger), wobei ihre sozioökonomischen Fundierungen und soziopolitischen Grundorientierungen zunächst diffus bleiben mussten. Klassische *cleavages* – vor allem Kapital vs. Arbeit, teils auch Stadt vs. Land – waren sozialstrukturell schlicht nicht vorhanden. Der andere Teil verblieb in der engeren Zivilgesellschaft, wobei von einigen Akteuren gerade wegen der offenbar neuen machtpolitischen Allüren von Parteien und Staat trotz formal-demokratischer Verhältnisse anti-parteiliche, anti-staatspolitische oder gar anti-demokratische Ressentiments (weiter-)entwickelt wurden und darin stärker auf *politischen Protest* als Aktionsform setzte. Es ist offensichtlich, dass so die im Postsozialismus dringend notwendigen

¹³ Ein weiteres, hier nicht näher zu diskutierendes Problem bestand in der Distanz zur „bürgerlichen Sphäre“ und darüber hinaus zu jeder Form des Etatismus. Diese Distanz machte viele Angehörige der Bürgerbewegungen zu „natürlichen Verbündeten“ der neoliberal ausgerichteten Wirtschaftsexperten – nicht zuletzt in den transnationalen Institutionen wie IWF oder Weltbank.

zivilgesellschaftlichen Funktionen der Kommunikation, Sozialisierung und Vermittlung nur eingeschränkt wahrgenommen werden konnten und zum Teil können.

Diese Konstellation verweist auf eine weitere normativ höchst problematische zivilgesellschaftliche Entwicklungslinie in allen Transformationsgesellschaften, vor allem aber in Südost- und Osteuropa. Insbesondere dort, wo staatssozialistisch-neotraditionalistische Sozialstrukturen dominierten, wo multi-ethnische, multi-kulturelle bzw. multi-religiöse Konstellationen im Sozialismus herrschaftspolitisch betoniert worden waren und erhebliche wirtschaftliche Probleme bestanden, wurden Teile der anti-sozialistischen *civil society* (bzw. aus ihr hervorgegangener Parteien) *ethnisch- bzw. religiös-nationalistisch umgeformt* und in den Auseinandersetzungen um Anerkennung, In- bzw. Exklusion und Herrschaft *re-funktionalisiert*. Im Baltikum gibt es dafür ebenso Beispiele wie in Bulgarien oder Russland. Besonders eindrücklich sind freilich die Entwicklungen in (Ex-)Jugoslawien. Dies war und ist möglich, weil Zivilgesellschaft (wie alle Gesellschaftlichkeit) nicht nur „gute“, demokratiefördernde, sondern auch „dunkle“, demokratiehemmende, ja zerstörerische Potentiale besitzt – die unter bestimmten, etwa postsozialistischen Bedingungen in Südost- und Osteuropa sich auch verwirklichen lassen. Insbesondere dann, wenn die Gemeinschaftsfunktion zentriert, die Schutzfunktion gegen andere Gemeinschaften gekehrt und die Kommunikations- und Vermittlungsfunktion nur intern, innerhalb der eigenen (Pseudo-)Gemeinschaft realisiert wird, entstehen aus zivilgesellschaftlichen Einstellungen und Akteuren *anti-demokratische, genauer: fundamentalistische*.¹⁴ Ob man Akteure mit solchen Tendenzen noch zur Zivilgesellschaft rechnen kann, lässt sich vor dem Hintergrund des *auch* (aber nicht nur) normativen Modells nur konkret beantworten.

In jedem Fall begründen diese Gefahren und realen Entwicklungen Anfang der 90er Jahre, warum viele Demokratisierungsforscher entgegen ersten euphorischen Erwartungen nicht nur von „schwachen Staaten“ in Mittel- und Osteuropa sprachen (trotz der gewaltigen Herrschaftsapparate unter dem Staatssozialismus), sondern auch von „*schwachen Zivilgesellschaften*“ (vgl. etwa Dubiel 1993).

5. In der Strukturierungsphase, die in Mittel- und Osteuropa anhält, konnte und kann es auch vor diesem Hintergrund nicht allein um eine Konsolidierung der neuen Demokratien gehen. Im Kern standen und stehen die Transformationsstaaten vor drei zivilgesellschaftlichen Herausforderungen: (1) Zunächst haben auch die postsozialistischen Gesellschaften insgesamt mit einem – aus vorherigen Demokratisierungsprozessen bekannten – „*Abflauen*“ der zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu kämpfen. Dieser Rückgang verdankt sich sowohl der Abwanderung von Akteuren in die staatspolitische Sphäre als auch dem Rückzug vieler Aktivistinnen in das Privatleben oder in den wirtschaftlichen Bereich. Letzteres hängt oft mit erlebten Enttäuschungen zusammen. Die in den Aufbrüchen von einigen erwarteten *vollkommen demokratischen, perfekt humanistischen, ganz anderen* Verhältnisse haben sich nicht eingestellt, konnten nicht erzeugt werden. Nicht nur die neuen, auch die etablierten Demokratien zeigen Momente von („faulen“) Kompromissen, Ausgrenzung Andersdenkender, Politik um des eigenen Machterhalts willen. Zivilgesellschaft ist aber eben darum nicht weniger, sondern umso mehr nötig und bedarf der quantitativen wie strukturellen Stabilisierung und – hier ist der

¹⁴ Diese sind – wie das Beispiel Jugoslawien belegt – bis an die Grenze des „Barbarischen“ deformierbar. Dieses schlummert freilich in uns allen – wie sein Pendant: das Zivile.

Ausdruck treffend: Konsolidierung. Ohne eine Breite und Pluralität der Zivilgesellschaft selbst sowie ihrer Verankerung in einer zivilen Kultur und der Gesamtgesellschaft kann sie ihrer essentiellen Funktion nicht gerecht werden. Das bedarf auch der Förderung der Staates und ggf. supranationaler Organisationen (wie durch die Europäische Union).

(2) *Qualitativ* standen und stehen mindestens drei miteinander zusammenhängende *Transformationen* an:

- a) Mit dem langsamen Wachsen einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft werden sozio-ökonomische bzw. sozialstrukturelle *Cleavage*-Bildungen fortschreiten, die teils mit den westeuropäischen vergleichbar, teils von diesen verschieden sind (wie spezifische Kapital-Arbeit-, Stadt-Land- oder auch soziokulturelle bzw. ethnische Scheidungen). Ohne eine Einbettung in die jeweils eigentümlichen Sozialstrukturen der Gesellschaft kann es keine lebendige und plurale Zivilgesellschaft sowohl als Voraussetzung wie als Moment des demokratischen Prozesses geben. Zudem bedarf es einer intensiveren Verschränkung mit der politischen oder staatspolitischen Gesellschaft (*political society*) im Sinne deliberativer Orientierungen (statt partiell dominierender Absetzungs- oder Protestorientierungen).
- b) Transformationen sind auch im Gange vor dem Hintergrund der *wohlfahrtsstaatlichen* Dynamiken. Diese erscheinen in Mitteleuropa bis heute ambivalent: Einerseits waren im Kontext der wirtschaftlichen „Reformprogramme“ mit deutlich neoliberaler Handschrift drastischer Deregulierungen und Privatisierungen, mithin eine radikale Beschneidung der staatssozialistischen Wohlfahrtspolitiken zu beobachten. Andererseits hat seit Mitte/Ende der 90er Jahre ein politisches Umdenken eingesetzt, das den Wert von Sozialstaatlichkeit für Wirtschaft und soziale Integration wieder anerkennt. Allerdings bleiben die verfügbaren Ressourcen bis heute bescheiden und oft hochselektiv. In weiten Ost- und Südosteuropas kann von einer Wohlfahrtsstaatlichkeit kaum (noch) gesprochen werden. Dieser Zustand fordert einerseits die Zivilgesellschaft – vor allem ihre karitativen Elemente – umso mehr, schränkt deren Aktionsradien infolge mangelnder staatlicher Unterstützung aber zugleich massiv ein. Wie sich dies in den kommenden Dekaden entwickeln wird, ist weitgehend offen. Für mich sind Wohlfahrtsstaat und Zivilgesellschaft jedenfalls keine Antipoden, sondern in modernen Gesellschaften wechselseitig aufeinander verweisende und sich im Idealfall stützende solidarische Integrationsinstanzen (Dass dieser Zusammenhang auch im Westen brüchig wurde, ist evident – siehe unten).
- c) Transformationen werden ebenfalls die angesprochenen ethnisch- bzw. religiös-nationalistischen Strömungen der Zivilgesellschaft erleben – wobei sich zwei Wege öffnen: einmal in Richtung demokratisch-republikanischer Umwandlung (ggf. mit auswärtiger Unterstützung wie in Ex-Jugoslawien) oder in Richtung weiterer bzw. vollendeter fundamentalistischer Gemeinschaftsorientierung (und damit Ausstieg aus der Zivilgesellschaft).

(3) Eine dritte Herausforderung betrifft schließlich die Einstellung auf und Mitgestaltung des europäischen Rahmens (vor allem im Kontext der Europäischen Union) *und* der europäischen Zivilgesellschaft, die sich seit den 80er Jahren schrittweise herausbildet. Dabei sind natürlich nicht allein die (mittel-)ost-, sondern auch die westeuropäischen Akteure gefordert.

6. Wie bereits mehrfach deutlich geworden ist, die mittel- und osteuropäischen Zivilgesellschaften haben sich im Zuge von Transitions- und Strukturierungsperiode weiter in sich

und im internationalen Vergleich ausdifferenziert. Mit einem sehr groben Raster lassen sich drei unterschiedliche Typen von Zivilgesellschaften feststellen:

- (a) Während die *mittelosteuropäischen Zivilgesellschaften* (unter Einschluss Sloweniens und wohl auch des Baltikums) in Reflexion der wirklich demokratischen Bedingungen eine Pluralität und Verankerungstiefe erreicht haben, die mit westeuropäischen Verhältnissen durchaus vergleichbar sind, zeigen
- (b) einige *südosteuropäische Gesellschaften* (Rumänien, Serbien, Kroatien) als (noch immer) „defekte Demokratien“ nicht nur eine eingeschränkte Betätigungsmöglichkeit und Vielfalt zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Akteure können die Schutz-, Kommunikations- und Vermittlungsfunktion nur bedingt wahrnehmen. Darüber hinaus gibt es in diesen Ländern deutliche ethnisch- und religiös-nationalistische Tendenzen in der Zivilgesellschaft. Gerade für Ex-Jugoslawien (abgesehen von Slowenien) erscheint dies in Reflexion der liberalen(eren) politischen, sozioökonomischen und soziokulturellen Traditionen zunächst durchaus kontraintuitiv. Soweit erkennbar, haben aber
 - die wirtschaftlichen Probleme in den 80er Jahren,
 - die eben doch nicht frei diskutierten Nationalitätenfragen (Ethnien, Religionen) trotz eines Gepäcks seit dem Mittelalter,
 - die historisch doch wenig entwickelten zivilgesellschaftlichen Potentiale, wobei auch die orthodoxen bzw. katholischen Kirchen mit ihrer Staatsnähe eine problematische Rolle spielen und wohl auch
 - die massiven Abwanderungen seit den 60er Jahren, unter denen nicht wenige demokratisch Gesinnte und Intellektuelle waren,das Beet für ein Umkippen bereitet. Eine spezifische Machtkonstellation in und zwischen den Republiken und ihren kommunistischen Parteien Ende der 80er Jahre hat dann zur machtpolitischen Instrumentalisierung der multikulturellen Struktur geführt und die Entwicklungen eingeleitet, die in Srebrenica und anderswo ihre traurigen exzessiven Höhepunkte fanden.
- (c) Der *osteuropäische Typus*, der z.B. in Russland oder verschärfter in Weißrussland anzutreffen ist, wird nicht nur durch die Schwäche der Zivilgesellschaft in den engeren Umbruch- bzw. Reformzeiten gekennzeichnet. Hier wurde eben weitgehend „von oben“ und schrittweise, „halbiert“ transformiert, wohingegen die wenigen oppositionellen Bewegungen über keine Massenbasis verfügten. Die „delegative Demokratie“ in Russland bzw. das autoritäre Regime in Weißrussland schnüren auch heute eine freie Öffentlichkeit und die demokratische Zivilgesellschaft ein bzw. versuchen, diese im eigenen Machtinteresse zu *steuern* („gelenkte Demokratie“ – wie Putin selbst formuliert). Insofern existiert sie hier – durchaus in Fortsetzung staatssozialistischer Verhältnisse und vorsozialistischer Kulturen – nicht als eigenständiger Aktions- und Selbstbetätigungsraum, sondern im Wesentlichen als abhängiger „Zulieferer“ und zugleich „verlängerter Arm“ der Staatspolitik. Die wenigen demokratischen zivilgesellschaftlichen Akteure (Menschenrechtsgruppen, Bürgerinitiativen, Umweltgruppen) erscheinen bis heute nur als Inseln, die sich dauernder Bedrohung und Kontrolle ausgesetzt sehen.

Nicht zuletzt in dieser groben Typologie werden noch einmal die aus der vergleichenden Demokratisierungsforschung gewonnenen fünf wichtigen Kontexte und Faktoren für die (diffe-

rente) Entstehung und Entwicklung von Zivilgesellschaften deutlich, die abschließend zusammengefasst werden sollen (vgl. Croissant/Lauth/Merkel 2000):

1. Die *Soziokultur* der betreffenden Gesellschaft (die in langen Zeiträumen wächst und nur langfristig verändert werden kann, Beispiel: ethnische und religiöse Strukturen und Beziehungen, Kommunikationskulturen innerhalb von Gemeinschaften und gegenüber Fremden, politische Kulturelemente wie Vertrauen in staatliche Institutionen oder etatistische Einstellungen);
2. Die *institutionellen Ordnungen*, insbesondere die konkrete Gestalt des alten *autokratischen Herrschaftsregimes* (z.B. kommunistisch-totalitär oder korporatistisch-autoritär);
3. Die *sozioökonomischen und sozialstrukturellen Bedingungen* in der betreffenden Gesellschaft (Eigentumsformen, Wirtschaftswachstum, Urbanisierungsgrad, Klassen- und ethnische Strukturen usw.);
4. Die *inter- und transnationalen Kontexte*, d.h. die Existenz von Vorbildern bzw. „Schneeballeffekten“, die allgemeine Unterstützung der Demokratisierungen und von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (moralisch, materiell, politisch) im besonderen)¹⁵;
5. Die *konkrete Form der politischen Transition* (Implosion des *ancien régime*, Reform, Revolution, ausgehandelter Übergang usw.).

5. Drei Thesen zur Bedeutung der mittel- und osteuropäischen Zivilgesellschaften

Abschließend möchte ich drei Thesen zur Bedeutung der zivilgesellschaftlichen Entwicklung Mittel- und Osteuropa aus dezidiert *transkultureller Perspektive* formulieren, die klarstellen, dass es keine separaten sozialen Räume zwischen Ost und West, keinen „Eisernen Vorhang“ mehr gibt:

1. Drei Besonderheiten zeichnen die postsozialistischen Zivilgesellschaften aus, die über ihr eigenes Schicksal hinausweisen (und insofern europäische bzw. globale Bedeutung besitzen): Erstens weisen insbesondere ihre sozio-politischen Kerne eine klar *anti-etatistische* Geschichte, Einbettungs- wie Handlungsorientierung auf. Sie werden bis heute deutlich weniger

¹⁵ Auf diesen Faktor bin ich nur cursorisch eingegangen; er verdient aber folgenden Hinweis: Der *internationale Kontext* war für diese Boomphase außerordentlich günstig, da sich die mittel- und osteuropäischen Zivilgesellschaften wechselseitig befruchteten und die westlichen Gesellschaften (Staaten und Partnerorganisationen) den neuen zivilgesellschaftlichen Akteuren breite programmatische und zum Teil auch finanzielle oder infrastrukturelle Unterstützung angedeihen ließen. Aber mehr noch, im Westen hatte sich – auch im Kontext der Diskussionen um die „*self-limited revolution*“ (J. Staniszkis) in Polen 1980/81 und die antipolitischen Dissidenten in Tschechien und Ungarn – eine neue Debatte um Zivilgesellschaft entwickelt, die gegenüber den Traditionslinien der „bürgerlichen Gesellschaft“ und ihren liberalen Traditionslinien die republikanisch-demokratische Strömung von Aristoteles, Montesquieu, Tocqueville bis Hanna Arendt betonte und zugleich kommunitaristische Argumente (M. Walzer, A. Etzioni) aufnahm. Eine (um es zuzuspitzen) sich auf selbst beschränkende Zivilgesellschaft, die den ökonomischen und staatspolitischen Machtinteressen abschwört und auf Schutzfunktion, sozio-moralische Läuterung und (mikro)politische Gemeinschaftsbildung setzt, erschien als der Ansatz einer Erneuerung auch westlicher Demokratien gegen Kapitalmacht, Etatismus und bürokratisierte Passivität der Bürger (vgl. Cohen/Arato 1992; Dubiel 1993). Klaus von Beyme hat diese Richtung – die den osteuropäischen Ideen am nächsten kommt und sich auch aus diesen speiste – als „letzte Ideologie der Intelligentsia“ bezeichnet (vgl. Beyme 1994, 2000).

als in (Nord-)Westeuropa *wohlfahrtsstaatlich getragen*, nehmen dafür aber häufiger *wohlfahrtsgesellschaftliche Funktionen* wahr – insbesondere in Ost- und Südosteuropa (und dies häufig unter ausländischer finanzieller Unterstützung durch andere NGOs, supranationale Organisationen, private Förderer). Insgesamt erscheinen sie weniger stark in das *intermediäre System* der Gesellschaften – zwischen Wirtschaft und Staat(spolitik) – eingeflochten. Zweitens weisen die zivilgesellschaftlichen Akteure in Mittel- und Osteuropa in sich *relativ schwache soziale Bindungen* auf, nicht zuletzt, weil klassische Organisationsformen wie Verbände und anspruchsvolle Vereinsorganisationen gegenüber Westeuropa unterrepräsentiert sind. Dieser Befund wird freilich für einen Typus auf den Kopf gestellt: die *ethnisch- und religiös-nationalistischen Gruppen*. Diese weisen gerade umgekehrt die stärksten Bindungen und Inklusionsmodi auf, die indes ein Moment der *anti-demokratischen Potentiale und Gefahren* darstellen. Derartige zivilgesellschaftliche Akteure besitzen in bestimmten Regionen Ost- und Südosteuropa großes Gewicht in- und außerhalb der Zivilgesellschaft; zum Teil üben sie hegemonialen Druck auf andere Gruppen aus und dominieren die öffentlichen Diskurse. Drittens – und mit den ersten beiden Besonderheiten eng zusammenhängend – wenden mittel- und osteuropäische Akteure der Zivilgesellschaft häufiger als in Westeuropa so genannte unkonventionelle Formen der Partizipation, insbesondere *politischen Protest* als Artikulations- und Durchsetzform im politischen Prozess an. Das schließt partiell auch die neuen Medien und Formen von Kommerzialisierung ein (Websites, Radio-Stationen, Verlage).

2. Bei all diesen Besonderheiten handelt es sich meines Erachtens *nicht* um ein schlichtes Hinterherhinken des Ostens gegenüber dem Westen. Vielmehr halten die mittel- und osteuropäischen Zivilgesellschaften mit diesen Merkmalen und Tendenzen ihren westlichen Nachbarn einen Spiegel vor das Gesicht, in dem *mögliche Zukünfte* sichtbar werden. Die westlichen Gesellschaften stehen – wie die seit den 80er Jahren geführten Debatten um die „Reform des Sozialstaates“, „Neo-Liberalismus“, den Zerfall sozialer und politischer Bindungen, den Niedergang der politischen (Volks-)Parteien, des klassischen Ehrenamtes und um Kommunitarismus eindrücklich zeigen – vor essentiellen Herausforderungen auch ihrer Zivilgesellschaften. Möglicherweise laufen hier, wie auch an anderen Stellen, die mittel- und osteuropäischen Entwicklungen den westlichen voraus? Könnte es nicht sein – und gewisse Tendenzen sprechen dafür –, dass die Zivilgesellschaften auch im Westen ihre *wohlfahrtsstaatlichen Fundamente* einbüßen und sich umorientieren müssen? Der Sozialstaat des *Golden Age* schrumpft, die Verteilungsspielräume werden enger, die Gelder knapper. Kommt der Zivilgesellschaft nicht zugleich eine neue, wachsende Bedeutung jenseits etablierter Parteien, staatlicher Institutionen und sozialer Bindungen zu? Könnten zivilgesellschaftliche Akteure und Netzwerke mit ihrer Ambivalenz zwischen Lokalität und Offenheit, Bindung und Autonomie, Single-Issue-Orientierung und potentieller Themenfreiheit nicht partiell funktionale Äquivalente für den Verfall von Ehe, Familie, „bürgerlicher Gesellschaft“, Parteienbindung und sozialstaatlicher Integrationsagenturen, ja selbst für den Niedergang des klassischen Intellektuellen darstellen? Sind in den Zivilgesellschaften diese Funktionen – insbesondere die Sozialisierungs-, Gemeinschafts- und bis zu einem gewissen Grade auch die Schutzfunktion nicht bereits strukturell angelegt? Dass könnte bis an die Schwelle der Übernahme ökonomischer Funktionen als Antwort auf De-Industrialisierung, Schrumpfung der „Arbeitsgesellschaft“ und Globalisierung reichen, wie es Projekte lokaler Ökonomien und Tauschringe andeuten.

Dass damit auch die Gefahren der Abschließung, der Stärkung der „*dunklen Seiten*“ von Zivilgesellschaft (wieder) wachsen, verdeutlichen – wenn auch in einer bestimmten Variante – die osteuropäischen Entwicklungen nicht minder. Diese Tendenzen sind freilich, wie die jüngsten Beweise problematischer, wenn nicht gescheiterter Integrationsbemühungen von Migranten in Europa zwischen Deutschland, den Niederlanden bis Großbritannien und zuletzt Frankreich zeigen, auch unmittelbar gegeben. Ethnisch- und religiös-nationalistisch motivierte Organisationsbildungen bzw. –*umbildungen* haben auch in Westeuropa Konjunktur – auch auf der „rechten“ Seite, z.B. in Gestalt neonazistischer Gruppen.

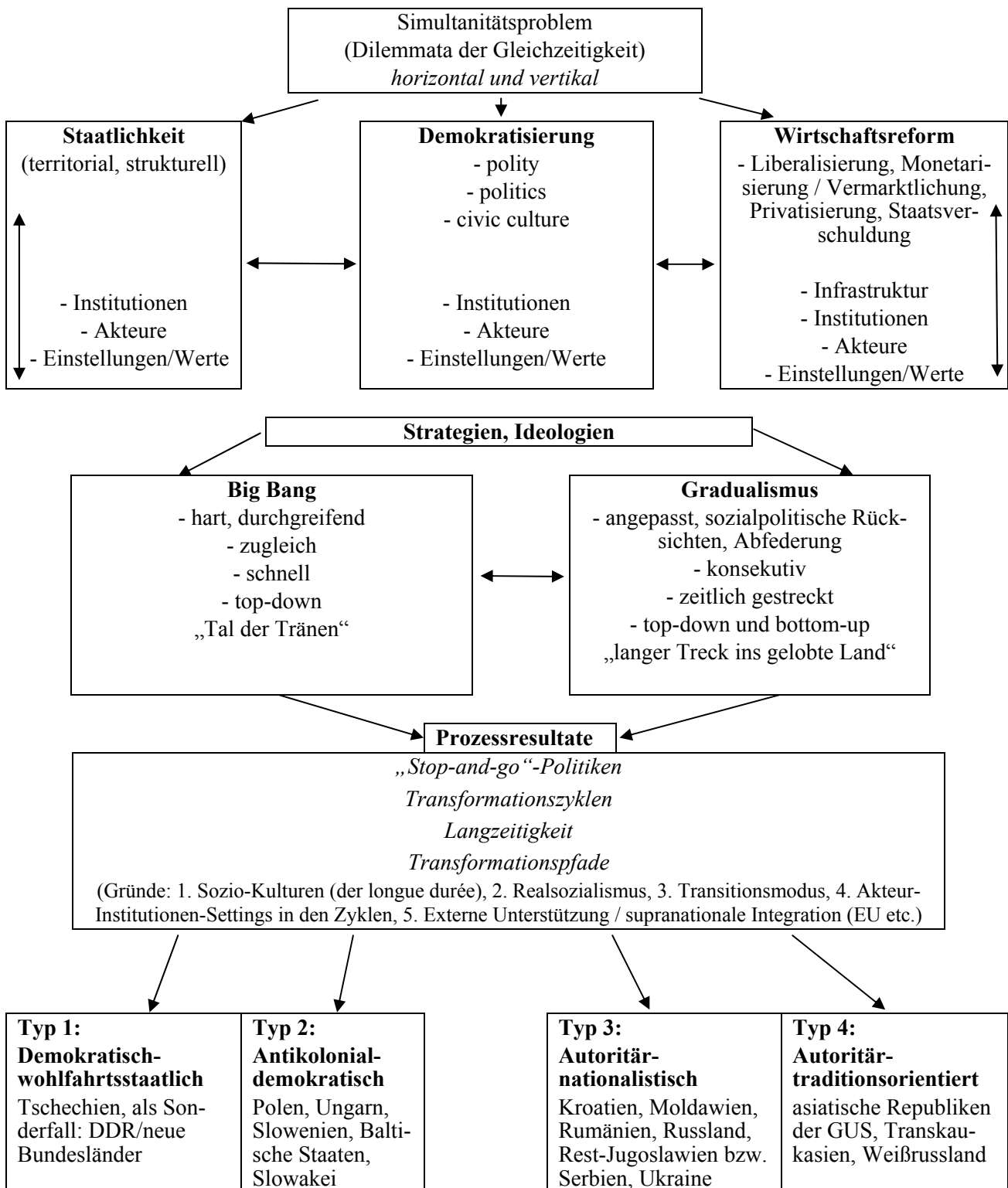
3. Diese offene Entwicklungs- oder Transformationssituation der Zivilgesellschaften, vor die sich eben nicht allein die mittel- und osteuropäischen Gesellschaften im Zuge ihrer post-sozialistischen Strukturierungen gestellt sehen, beinhaltet freilich nicht nur Gefahren und Risiken für eine demokratisch-solidarische Gesellschaftsentwicklung. In ihren Ambivalenzen stecken auch Chancen, Chancen für eine Stärkung von Autonomie, Gerechtigkeit und sozialer Integration jenseits eingefahrener Ungleichheiten und sozialer Grenzen in westmodernen Klassen- und Schichtgesellschaften. Um diese erkennen und nutzen zu können, bedarf es aber nicht nur vermehrt eines „transkulturellen Blicks“ und einer europäischen bzw. globalen Perspektive, so dass *wechselseitige* Lernprozesse möglich sind. Die Chancen lassen sich nur im Rahmen neuer gesellschaftlicher Strukturen, Entwicklungsformen und eines neuen „Gesellschaftsvertrages“ wahrnehmen. Im Aushandeln des letzteren wie in der Formierung neuer Strukturen sind die zivilgesellschaftlichen Akteure unverzichtbar.

Literatur

- Arendt, Hannah (1951/1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper.
- Arendt, Hannah (1981): Vita activa oder vom tätigen Leben. München: Piper.
- Beume, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beume, Klaus von (2000): Zivilgesellschaft – Von der vorbürgerlichen zur nachbürgerlichen Gesellschaft? In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich: 51-70.
- Cohen, Jean/Arato, Andrew (1992): Civil Society and Political Theory. Cambridge/London: Polity.
- Croissant, Aurel/Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich: 9-50.
- Dubiel, Helmut (1993): Reflexive Modernisierung, Zivilgesellschaft und die Transformation Mitteleuropas. In: Schäfers, B. (Hrsg./1993): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Frankfurt/N.Y.: 166-173.
- Ekiert, Grzegorz (1991): Democratization Process in Eastern Central Europe: A Theoretical Reconsideration. In: British Journal of Political Science, 1991 (21): 285-313.
- Ekiert, Grzegorz/Hanson, Stephen E. (Eds./2003): Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe. Assessing the Legacy of Communist Rule. Cambridge: Cambridge University Press.
- Glaeßner, Gert-Joachim (1994): Demokratie nach dem Ende des Kommunismus. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Held, David (2000): Models of Democracy. Stanford: Stanford California Press.
- Howard, Marc M. (2003): The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kollmorgen, Raj (2003): Postsozialistische Gesellschaftstransformationen in Osteuropa. Prozesse, Probleme und Perspektiven ihrer Erforschung. In: Kollmorgen, R./Schrader, H. (Hg.): Postsozialis-

- tische Transformationen: Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Würzburg: Ergon Verlag: 19-60.
- Kollmorgen, Raj (2005a): Gesellschaftstransformation als Typ sozialen Wandels. Eine vergleichende Analyse. In: ders. (Hg.): Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und internationale Vergleiche. Münster: LIT: 21-46.
- Kollmorgen, Raj (2005b): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Baltimore/London: Johns Hopkins UP.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang (Hg./2000): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich.
- Offe, Claus (1991): Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in Eastern Central Europe. In: Social Research, 1991 (4): 865-892.
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.
- Salomon, Lester M./Sokolowski, S. Wojciech/List, Regina (2003): Global Civil Society. An Overview. Baltimore: The Johns Hopkins University, Center for Civil Society Studies.
- Sandschneider, Eberhard (1995): Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Schrader, Heiko et. al. (Hg./2000): Russland auf dem Weg zur Zivilgesellschaft? Studien zur gesellschaftlichen Selbstorganisation in St. Petersburg (Osteuropa, Bd. 16). Münster et al.: LIT.
- Staniszki, Jadwiga (1989/91): The Dynamics of Breakthrough in Eastern Europe. The Polish Experience. Berkeley et al.: University of California Press.
- Tatur, Melanie (1991): Zur Dialektik der "civil society" in Polen. In: Deppe, R./Dubiel, H./Rödel, U. (Hg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/Main: Suhrkamp: 234-255.
- Thaa, Winfried (1996): Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikte in den Revolutionen von 1989. Opladen: Leske + Budrich.
- Thaa, Winfried (2004): Zivilgesellschaft. Ein schwieriges Erbe aus Ostmitteleuropa. In: Osteuropa, 54. Jg. (5-6): 196-215.

Übersicht 1: Postsozialistische Transformationen: Grundprobleme, Lösungsansätze, Pfade (Stand: 2005)*



* Diese Übersicht versucht, die postsozialistischen Transformationsprozesse in ihren Grundproblemen und Lösungsversuchen aus einer akteur- und institutionenorientierten Perspektive zusammenzufassen und vier typologische Pfade der Transformation zu unterscheiden. Näheres zu Begriffen, Konzepten und Empirie in Kollmorgen 2005a.

Übersicht 2: Perioden und Zyklen der postsozialistischen von Systemtransformationen*

Perioden / Zyklus (nummeriert)	Dauer in Jahren	Datierung für Mitteleuropa
Niedergangsperiode	ca. 10-20	seit 1970er
I (Beginn Transitionsperiode)	ca. 3-5	1988/89-1993/94
II (Beginn Strukturierungsperiode)		1993/94-1998
III (Fortführung der Strukturierung)		1998-2002/03
IV (Fortführung der Strukturierung)		2002/03-ca. 2005/07
V (Fortführung ...)	insg. ca. 35-50	...

* Zu den Zyklen und Perioden siehe die Erläuterungen in den Abschnitten 1 und 2. Detailliertere Diskussionen in Kollmorgen 2005a.

ISOZ Arbeitsberichte/Working Papers

Erhältlich über das Sekretariat Makrosoziologie (Preis: je 2,50 €) oder kostenfrei als Download über die Homepage des Instituts: <http://www.uni-magdeburg.de/isoz/>

Nr. 1	Schrader, Heiko and Agliaya Toporova 2000: Dealing with Pawnshop Services in Saint Petersburg/Russia: The Customers' Perspective . 18 p.
Nr. 2	Dittrich, Eckhard 2000: Ungleich vereint - die deutsche Wiedervereinigung als sozialstrukturelles Projekt. 14 S.
Nr. 3	Angermüller, Johannes 2000: Narrative Analyse und gesellschaftlicher Wandel in der struktural-marxistischen Diskursanalyse am Beispiel von narrativen Interviews mit ArmenierInnen aus St. Petersburg. 20 S.
Nr. 4	Angermüller, Johannes 2000: Constructing National Identity among Ethnic Minorities in the Russian Federation - A Bourdieuean Perspective on Biographical Accounts of Armenians in Saint Petersburg. 18 p.
Nr. 5	Schrader, Heiko 2000: "Geld sofort" - Pfandkredit als Strategie der Lebensbewältigung im russischen Alltag. 27 S.
Nr. 6	Köhler, Georg 2001: Zur Tätigkeit der K1. Ein soziologischer Rekonstruktionsversuch zur Rolle und Stellung der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei der DDR. 54 S.
Nr. 7	Dippelhofer-Stiem, Barbara und Jörg Jopp- Nakath 2001: Lehrveranstaltungen im Urteil von Studierenden. Ein empirischer Beitrag zur Qualitätsmessung. 148 S.
Nr. 8	Stojanov, Christo 2001: Zur Situation der Transformationsforschung. 15 S.
Nr. 9	Kollmorgen, Raj 2001: Postsozialismus im 21. Jahrhundert oder: Wozu heute noch Transformationsforschung? 44 S.
Nr. 10	Schrader, Heiko 2001: Akteurtheoretische Modifikationen für die kulturvergleichende Soziologie am Beispiel Russlands. 18 S.
Nr. 11	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2001: Erzieherinnen im Vorschulbereich. Soziale Bedeutung und Professionalität im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung. 41 S.
Nr. 12	Angermüller, Johannes 2001: Zur Methodologie einer textpragmatischen Diskursanalyse. Felder symbolischer Produktion von französischen Intellektuellen 1960 bis 1984. 21 S.
Nr. 13	Schrader, Heiko 2001: Vertrauen, Sozialkapital, Kapitalismen. Überlegungen zur Pfadabhängigkeit des Wirtschaftshandelns in Osteuropa. 30S.
Nr. 14	Hessinger, Philipp 2002: Mafia und Mafiakapitalismus als totales soziales Phänomen: Ein Versuch über die Beziehungen von Moral und Sozialstruktur in zivilen und nicht-zivilen Gesellschaften. 24 S.
Nr. 15	Schmidt, Melanie 2002: Wie gewaltbreit sind Jugendliche in Sachsen-Anhalt? 24 S.
Nr. 16	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2002: Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts im Portrait. Sekundäranalytische Auswertung amtsstatistischer Daten. 36 S.
Nr. 17	Schrader, Heiko, Nikolai Skvortzov, Boris Wiener 2003: The Islamic and Turkic Factors in Identity Formation Processes and Discourses on Separatism: Dagestan and Tatarstan Compared. 19p.
Nr. 18	Schrader, Heiko 2003: Globalization, Fragmentation and Modernity. 24p.
Nr. 19	Hellmann, Kai-Uwe 2003: Fremdheit als soziale Konstruktion. Vortrag an der FGSE im Juni 2003 im Rahmen des Habilitationsverfahrens. 19 S.
Nr. 20	Schrader, Heiko, Jyothi K.K, and Kamini Prakash 2003: Thrift and Credit Groups in the Formation of a Women's Cooperative. 12 p.
Nr. 21	Kollmorgen, Raj 2003: Analytische Perspektiven, soziologische Paradigmata und Theorien sozialen Wandels - Eine metatheoretische Skizze. 37 S.

Nr. 22	Kößler, Reinhart 2004: Transformation oder Modernisierung? Zur Konzeptionalisierung gesellschaftlicher Umbrüche, nicht nur in Osteuropa. 15 S.
Nr. 23	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Bulgarien: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 24	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Tschechien: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 25	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Zur Situation von Kleinunternehmen in Russland: Ergebnisse einer quantitativen Studie. 15 S.
Nr. 26	Schrader, Heiko, Ivaylo Dimitrov, Eckhard Dittrich, Christo Stojanov 2004: Kleinunternehmen im Vergleich: Bulgarien, Tschechien, Russland. 26 S.
Nr. 27	Bhowmik, Sharit K. 2004: Politics of Urban Space in Mumbai: 'Citizens' Versus the Urban Poor. 11p.
Nr. 28	Schrader, Heiko 2004: Landnutzungsrechte als Entwicklungschance: Überlegungen zur städtischen Armutspolitik am Beispiel Mumbais. 20 S.
Nr. 29	Dischinger, Norbert/Mögel, Nicole A. 2004: Wer besucht ein Pfandhaus? Nutzer gewerblicher Mikrokredite in Deutschland. 22 S.
Nr. 30	Ivleva, Irina 2004: Aufstieg und Transformation der Straßenökonomie in Russland: Sozioökonomische Erfahrungen im Zuge der postsozialistischen Entwicklung. 15 S.
Nr. 31	Döll, Patricia 2005: Studieren trotz Krankheit? Zur psychosozialen Lage von kranken und behinderten Studierenden. 20S.
Nr. 32	Lehrforschungsgruppe Türkei 2005: Ist die Türkei reif für Europa? Orientierungshilfen zur Frage eines Beitritts der Türkei zu Europa. 64 S.
Nr. 33	Gruber, Denis 2005: Revision und Aktualität des Konzepts der strategischen Gruppen. 20 S.
Nr. 34	Bhowmik, Sharit K. 2005: Globalisation, Governance and Labour: A Perspective from India. 10 p.
Nr. 35	Dippelhofer-Stiem, Barbara 2005: Wie gesund sind die Menschen in Sachsen-Anhalt? Befunde des repräsentativen Bevölkerungssurveys „Gesundheit und Wohlbefinden 2003“ im Überblick. 34 S.
Nr. 36	Gruber, D., A. Kirschner, S. Mill, M. Schach, S. Schmekel, Hardo Seligmann: Living and Working in Slums of Mumbai. 47p.
Nr. 37	Potter, Jens 2006: Das deutsche Gesundheitswesen - Ausgewählte Befunde zu den Wünschen und Erwartungen der Bevölkerung Sachsen-Anhalts. 22 S.
Nr. 38	Schrader, Heiko 2006: Social Equality and Social Justice: A Summary of theoretical and empirical approaches. 25 p.
Nr. 39	Schrader, Heiko 2006: Spar- und Kreditvereine als Mittel zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. 17 S.